

**Rede Frau Ministerin Dr. Reimann, Niedersächsische Ministerin für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung anlässlich des Mütterkongresses des
Evangelischen Frauenhilfe Landesverbands Braunschweig e.V. am 02.06.2018,
Bad Harzburg**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung und ich freue mich, dass der heutige Mütterkongress im Zeichen der Vielfalt steht.

So werden die verschiedenen Herausforderungen an Mütter sowie deren Leistungen sichtbar gemacht. Das ist keine Selbstverständlichkeit – die Unsichtbarkeit der von Frauen und ihrer unbezahlt geleisteten Sorgearbeit hat eine lange Geschichte, die bis in unsere Gegenwart andauert. Dabei ist klar, ohne diese Arbeit geht es nicht – sie bildet die Grundlage unserer Gesellschaft.

Nach wie vor wird die Verantwortung für Familienaufgaben hauptsächlich Frauen zugeschrieben. Sie leisten den Großteil der Erziehungs- und Pflegearbeit, zum Teil bezahlt oder noch mehr unbezahlt in familiären und freundschaftlichen Zusammenhängen, oder auch im Ehrenamt.

Es sind deshalb auch in erster Linie Frauen, die eine Balance zwischen Familie und Berufsleben herstellen müssen, 2 Sphären, die mit ihren unterschiedlichen Anforderungen kaum widersprüchlicher sein könnten.

Während sich vor der Familiengründung die Arbeitszeiten von Frauen und Männern noch ähnlich verteilen, ändert sich dies sehr stark mit der Gründung einer Familie. Frauen sind dann im Vergleich zu Männern in einem viel geringeren Umfang erwerbstätig, und dies auch wenn die Kinder schon größer sind. Um die Betreuung der Kinder und auch die Fürsorge für Ältere zu gewährleisten, arbeiten viele Frauen in Teilzeit oder in Minijobs.

Das hat häufig nicht nur einen entscheidenden Einfluss auf die berufliche Entwicklung von Frauen, sondern schränkt insbesondere die Möglichkeiten einer eigenständigen Existenz- und Alterssicherung ein. Zum Vergleich: während in Niedersachsen und bundesweit nahezu jede 2. sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frau in Teilzeit arbeitet, ist bei den Männern nur etwa jeder 10. in Teilzeit beschäftigt.

Hier ist ohne Zweifel noch viel Luft nach oben, wenn wir eine stärker partnerschaftliche Arbeitsteilung und eine bessere Entlastung von Müttern erreichen wollen. Erfreulich ist aus meiner Sicht, dass sich immer mehr Väter an der Familienarbeit beteiligen und Verantwortung übernehmen wollen. Insbesondere bei jüngeren Männern können wir diese Haltung beobachten.

Trotzdem ist nach wie vor die Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit unter den Geschlechtern sehr unterschiedlich. Frauen leisten trotz steigender Erwerbstätigenquote den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit. Männer leisten im Schnitt täglich 2 Stunden und 46 Min. unbezahlte Sorgearbeit. Frauen dagegen 4 Stunden und 13 Minuten. Damit wenden sie für die Sorgearbeit durchschnittlich rund anderthalbmal so viel Zeit auf wie Männer.

Mit der Weiterentwicklung des Elterngeldes zum ElterngeldPlus werden diese Lebensentwürfe unterstützt und wichtige Anreize für mehr Partnerschaftlichkeit geschaffen. Hier gilt es anzusetzen und junge Familien zu unterstützen, die eine wirklich partnerschaftliche Arbeitsteilung leben.

Zukünftig wird es von Bedeutung sein, die Rahmenbedingungen für eine ausgewogene Teilhabe an Familien- und Erwerbsarbeit noch weiter zu verbessern und Fehlanreize abschaffen (z.B. Ehegattensplitting). Nach einer längeren Familienphase haben viele Frauen Schwierigkeiten, wieder in den Beruf einzusteigen. Das gilt gerade auch für die wachsende Gruppe der Alleinerziehenden, die einerseits besonders auf ein existenzsicherndes Einkommen angewiesen sind, andererseits neben ihrer Arbeit vieles allein bewältigen müssen, was sich Eltern sonst teilen können.

Frauen, die nach einer Familienphase wieder in den Beruf zurückkehren wollen, werden seit vielen Jahren bei uns in Niedersachsen von den Expertinnen der Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft mit vielfältigen Beratungs- und Qualifizierungsangeboten unterstützt. Die Koordinierungsstellen arbeiten darüber hinaus eng mit zahlreichen regionalen Unternehmen zusammen und erleichtern den Frauen damit den beruflichen Wiedereinstieg.

Anrede,

wenn wir über Mütter im Berufsleben sprechen, kommt aus meiner Sicht ein wichtiger Aspekt häufig zu kurz – nämlich die Freizeit. Wir alle brauchen Zeit für uns selbst, um neue Energie und Kraft zu schöpfen und persönliche Interessen zu entfalten und weiter zu entwickeln. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte auch dies berücksichtigen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - und das bedeutet für mich immer Erziehung von Kindern und Verantwortung bei Pflege und Unterstützung der Eltern - ist aus meiner Sicht eine zentrale gleichstellungspolitische Stellschraube mit zahlreichen Anknüpfungspunkten.

Wir haben es heute erfreulicherweise mit veränderten Arbeitszeitwünschen von Frauen und Männern zu tun, mit jungen Paaren, die Familie und Erwerbstätigkeit gleichberechtigter leben wollen. Es ist mir wichtig, dass wir das Thema Vereinbarkeit als Chance begreifen – nicht als Problem.

Frauen und Männer sollen gleichermaßen die Möglichkeit haben berufstätig zu sein, aber auch Verantwortung für die Familie zu übernehmen. Dafür brauchen wir nicht nur eine gute Infrastruktur und mehr Fachpersonal für die Kinderbetreuung. Wir brauchen auch eine bessere Entlastung in Pflegesituationen. Es ist mein politisches Ziel hier Verbesserungen für Niedersachsen zu erreichen.

Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, ein übergreifendes Handlungskonzept zu entwickeln, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in verschiedenen Handlungsfeldern verbessern soll. Bei der Kinderbetreuung haben wir schon vieles erreicht. Ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur sowie auch die Ausweitung der Betreuungszeiten sind aus meiner Sicht zukünftig unerlässlich.

Auch das Thema Pflege ist ein wichtiges Handlungsfeld zur Verbesserung der Vereinbarkeit. Die Zahl der Älteren, die Pflege und Unterstützung benötigen steigt und immer mehr Pflegende sind berufstätig.

Konkret heißt das lt. DGB-Index vom Februar 2018:

- Jede/r elfte Beschäftigte trägt neben seiner Berufstätigkeit Verantwortung für eine oder mehrere pflegebedürftige Personen,
- Frauen und ältere Beschäftigte übernehmen häufiger Pflegeverantwortung,
- im Durchschnitt werden 13,3 Stunden pro Woche für die Pflege aufgewendet,
- 71 Prozent der Betroffenen berichten von zeitlichen Vereinbarkeitsproblemen. Bei 29 Prozent ist dies (sehr) häufig der Fall.

Hier brauchen wir auf Bundesebene eine Regelung, die langfristig einen finanziellen Ausgleich für die durch die Pflegesituation entstandenen Einkommensverluste schafft.

Nicht zuletzt müssen auch hier mehr Anreize für eine stärker partnerschaftliche Arbeitsteilung gesetzt werden. Denn zurzeit wird die Aufgabe vor allem von Töchtern und Ehefrauen übernommen. Viele kennen die Situation und wissen, wie anspruchsvoll es ist, einen Angehörigen zu pflegen. Neben der emotionalen Belastung spielen auch gesundheitliche Aspekte eine wichtige Rolle. Pflege von Angehörigen ist physisch und psychisch anstrengend. Menschen, die diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe übernehmen brauchen mehr Unterstützung.

Auch Unternehmen können etwas dazu beitragen, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Familie und Beruf besser vereinbaren können. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine Veränderung der Unternehmenskultur. Erfreulicherweise haben viele Arbeitgeber inzwischen die Chancen und die Notwendigkeit einer modernen und familienorientierten Personalpolitik erkannt.

So zum Beispiel die zahlreichen Unternehmen, die sich in den einzelnen Unternehmensverbänden der Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft für eine familienorientierte Arbeitswelt engagieren.

Ein weiteres gutes Beispiel dafür ist der im Februar 2018 geschlossene Tarifvertrag der IG Metall für die Metall- und Elektroindustrie – Branchen, in denen vor allem Männer beschäftigt sind. Bezahlte Freistellungen für Kindererziehung und Pflege sind aus meiner Sicht ein wichtiges Signal, um in diesen Branchen einen nachhaltigen Kulturwandel zu unterstützen und Männer dazu zu ermutigen, sich in Familienfragen stärker einzubringen.

Mehr Möglichkeiten für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familienverantwortung entstehen aber auch durch den Einsatz neuer Technologien und durch mobiles Arbeiten. Verantwortungsbewusst und sinnvoll eingesetzt, erlangen wir dadurch mehr Gestaltungsspielraum für Berufliches und Privates und damit auch bessere Chancen, Familienverantwortung partnerschaftlich zu teilen – vorausgesetzt, diese Angebote richten sich an Frauen und Männer gleichermaßen.

Klar ist aber auch, dass wir uns ständig weiterbilden müssen, wenn wir mit neuen Technologien arbeiten. Zwar haben nicht alle von uns einen hochtechnisierten Arbeitsplatz, aber wir stellen immer wieder fest, wie wichtig es ist, ganz grundlegende digitale Kompetenzen zu besitzen und diese auch kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Anrede,

wir stellen fest, die Bedarfe von Müttern im Berufsleben sind ganz verschieden. Ganz weit oben steht jedoch ohne Zweifel eine ausreichende soziale und finanzielle Absicherung. Deshalb möchte ich hier noch auf die Situation derjenigen eingehen, die im letzten Abschnitt ihres Lebens von Armut betroffen sind.

Das sind insbesondere diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die nur geringe Renten beziehen, über keine weiteren Einkünfte verfügen und daher nur schwer ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Nach den aktuellen Zahlen des Landesamts für Statistik lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2016 bei 16% und entsprach damit dem Niveau des Vorjahres (15,9%). Sie lag in Niedersachsen um 0,3 % höher als im Bundesdurchschnitt. Die Armutsgefährdungsquote der über 65-jährigen lag in Niedersachsen im Jahr 2016 bei 15 %.

In der statistischen Gesamtbetrachtung gehören ältere Menschen zwar noch nicht zu den als besonders von Armut gefährdeten Gruppen. Gleichwohl besteht jedoch in der Altersarmut eine steigende Tendenz.

Schon heute gibt es viele Menschen, die lange Jahre hart gearbeitet haben und trotzdem nur eine Rente bekommen, die den Bezug von unterstützenden Leistungen der Grundsicherung im Alter erforderlich macht und das sind in der Mehrzahl Frauen.

Hiervon werden zukünftig noch mehr Rentnerinnen und Rentner betroffen sein. Laut Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung (2016) betrug am 1. Juli 2016 die Höhe der durchschnittlichen Versichertenrente für Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung im gesamten Bundesgebiet 1.065 Euro. Der durchschnittliche monatliche Zahlbetrag für Versichertenrenten an Frauen lag am Stichtag bei 671 Euro.

Dieses spiegeln auch die Zahlen des Gender Pension Gap, nach dem die Alterssicherungsleistungen von Frauen um 53% geringer sind als die von Männern. Zum Vergleich: Der Schwellenwert der Armutsgefährdung für Einpersonenhaushalte liegt derzeit in Niedersachsen bei 930 Euro. Altersarmut ist vielleicht noch nicht signifikant spürbar.

Für die Zukunft ist jedoch insgesamt mit einem deutlichen Anstieg der Altersarmut zu rechnen. Hiervon werden vermutlich vermehrt Frauen betroffen sein. Die Armutsgefährdungsquote bei älteren Frauen lag im Jahr 2016 vier Prozentpunkte über der von Männern (16,8 % und 12,8 %).

Altersarmut ist weiblich. Ältere Frauen gehören damit zu den besonders von Armut betroffenen Personengruppen. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Frauen haben familienbedingt häufiger Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie, auch durch die Pflege von Kindern oder älteren Familienangehörigen. Sie arbeiten häufiger nur in Teilzeit oder in Minijobs, sind häufiger alleinerziehend und werden branchenbezogen nach wie vor schlechter bezahlt als Männer.

Von ihren eigenen Alterssicherungsleistungen allein könnten die meisten Frauen schon heute ihre Existenz nicht selbstständig sichern und sind mehrheitlich auf Versorgung angewiesen.

Zukünftig muss sichergestellt werden, dass Rentnerinnen und Rentner nach langen Jahren harter Arbeit nicht von Altersarmut betroffen sein werden. Wer langjährig in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, sollte im Alter eine Rente bekommen, die oberhalb des regionalen Grundsicherungsniveaus liegt. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben wir genau das vereinbart.

Wir sorgen für Stabilität bei der Rente. Die Absicherung der gesetzlichen Rente auf heutigem Niveau von 48 Prozent wird bis zum Jahr 2025 festgeschrieben. Mit ist die Grundrente aber auch wichtig. Wir honorieren Lebensleistung und bekämpfen Altersarmut.

Da Alterssicherung wesentlich aus Erwerbsarbeit resultiert, kann Altersarmut von Frauen nur wirksam durch ein stärkeres Erwerbsengagement vermieden werden. Hierzu ist es erforderlich, die gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Dazu bedarf es unter anderem

1. den Abbau struktureller Benachteiligungen am Arbeitsmarkt,
2. einer modernen und familienorientierten Arbeitszeitpolitik,
3. einer gut ausgebauten Betreuungsinfrastruktur
4. sowie einer angemessenen gesamtgesellschaftlichen Wertschätzung der Sorge-Leistung.

Sie sehen, es gibt noch viel zu tun. Lassen Sie uns gemeinsam angehen!

In diesem Sinne danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen spannenden und erkenntnisreichen Austausch.